

2010-01-25

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## N i e d e r s c h r i f t

### über die Sitzung des Stadtrates am 16.12.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:35 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin

**Anwesend:** Soll: 50 Ist: 45

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

#### **Es fehlten:**

<b>Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau</b>	Stabbert-Kühl, Sabine
<b>Fraktion der SPD</b>	Müller, Angela
<b>Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN</b>	Grabner, Isolde
<b>Fraktion der FDP</b>	Neubert, Jürgen, Dr.
<b>Mitglied CDU</b>	Lohde, Jacqueline

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, eröffnete die Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Vor dem Eintritt in das weitere Procedere des Sitzungsverlaufs gratulierte der Vorsitzende dem 1. Stellvertreter, Herrn Frank Hoffmann, zu dessen heutigem 50. Geburtstag. Den Glückwünschen schlossen sich der Oberbürgermeister und weitere Mitglieder des Stadtrates an.

#### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zu der ausgereichten Tagesordnung gab Herr Dr. Exner folgende Änderungen bekannt.

- Aufgrund des Redaktionsschlusses für das Amtsblatt der Stadt, welcher heute um 19.00 Uhr ist, wurde an das Präsidium die Bitte herangetragen, die Punkte mit den jeweiligen Satzungen in der Tagesordnung vorzuziehen, um die Veröffentlichung zu sichern. Es geht dabei um die Punkte **7.10 bis 7.12 sowie 7.17 und 7.18**. Diese Tagesordnungspunkte sollten direkt **nach 7.5** behandelt werden.

Des Weiteren liegen zwei Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung vor.

- Es gibt eine **Beschlussvorlage** des Oberbürgermeisters für den **nichtöffentlichen Teil**, in der es um die Befassung mit einem intendierten Vergleich geht. Aus der Begründung des Antrages ergibt sich die Eilbedürftigkeit, worüber zu befinden ist.
- Aus der Fraktion der CDU wird der Antrag zur Aufnahme der **Thematik Jagdschloss Haideburg** gestellt.

Zur Begründung der Dringlichkeit übergab Herr Dr. Exner **Herrn Glathe, CDU-Fraktion**, das Wort. Herr Glathe verwies auf den geplanten Verkauf des Haideburger Jagdschlusses und führte aus, es geht heute um ein Votum zum Verbleib des Haideburger Jagdschlusses in Landeseigentum und den Erhalt des Forstbetriebes Anhalt und des Betreuungsforstamtes am Standort. Das denkmalgeschützte Jagdschloss gehört zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich und ist somit Weltkulturerbe. Die Bürger sind mit dem Traditionsstandort fest verbunden, was sich in verschiedenen gut besuchten Veranstaltungen zeigt. Die Immobilie wird also von allen angenommen. Das bezeugt auch der regelrechte Aufschrei der Bürger nach dem Bekanntwerden der Verkaufspläne.

Inzwischen wurden für den Erhalt des Jagdschlusses schon knapp 3000 Unterschriften gesammelt. Seit der Erbauung des Jagdschlusses 1782/83 durch Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt war es immer Oberförsterei, Forstamt oder Jagdhaus. Mit der Zustimmung als Stadtrat sollte das Gremium zeigen, dass es den Bürgerwillen erkannt hat, ihn respektiert und sich für den Erhalt des Gebäudes und der darin befindlichen Behörden auch einsetzt.

Der Beschluss könne natürlich nur ein Zeichen, ein Signal an die Landesregierung sein, merkte Herr Glathe an. Er wolle aber an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, den vielen Bürgern zu danken, die sich um dieses Problem gekümmert, sich eingesetzt und geholfen haben, dass vielleicht die Möglichkeit besteht, das Jagdschloss in Landeseigentum zu halten. So habe auch Herr OB Koschig einen Brief an das Landwirtschaftsministerium geschrieben, worauf Herr Minister Dr. Eigens geantwortet habe. Seines Wissens soll es vor Weihnachten noch ein Treffen zu diesem Thema geben. Zu diesem Termin könnte Herr Koschig das Votum des Stadtrates mitnehmen, was auch die Dringlichkeit des heutigen Beschlussantrages begründet.

Zur Geschäftsordnung meldete sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Er wies darauf hin, dass es sich bei der Thematik um keine Beschlusslage handeln könne, sondern lediglich die Abgabe einer Erklärung, welcher er auf jeden Fall zustimmen werde. Laut Geschäftsordnung liege hier die Zuständigkeit aber nicht beim Stadtrat Dessau-Roßlau.

**Herr Dr. Exner** bestätigte dies und brachte die Änderungen zur Tagesordnung zur Abstimmung:

- Einordnung der Tagesordnungspunkte **7.10 bis 7.12 sowie 7.17 und 7.18** hinter TOP 7.5 - Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.
- Aufnahme eines TOP 8.2 - Beschlussvorlage DR/BV/498/2009/II-30 - Der Stadtrat stimmte mit 34 Ja-Stimmen zu, welche der geforderten 2/3-Mehrheit der Anzahl der gesetzlichen Zahl der Mitglieder entsprechen.

Der von Herrn Glathe vorgetragene Ergänzungsvorschlag wurde dahingehend in die Tagesordnung aufgenommen, dass die Thematik im TOP 6 - Öffentliche Anfragen und Informationen - aufgenommen und das Votum dort ausgesprochen werden soll. Hierzu gab es keine gegenteilige Meinungsäußerung.

Die so geänderte und ergänzte Tagesordnung wurde bestätigt (37:00:01).

### 3. **Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2009**

Die Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates vom 11. November 2009 wurde bei drei Enthaltungen genehmigt.

### 4. **Berichte des Oberbürgermeisters**

#### 4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Zu Beginn seines Berichtes widmete **Oberbürgermeister Koschig** dem am 14. November 2009 verstorbenen ehemaligen Beigeordneten für Gesundheit und Soziales, Herrn Wolfgang Focke, würdigende Worte. Der Stadtrat erhob sich darauf zu einer Schweigeminute für Herrn Focke.

Die Berichterstattung des OB bezog sich des Weiteren auf folgende Schwerpunkte:

#### **Gebietsänderungsangelegenheiten**

Im Nachgang der Bürgeranhörungen in den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Wörlitzer Winkel vom 29. November hatte Herr Koschig ein Gespräch mit Frau Bürgermeisterin Luckmann aus Vockerode und Herrn Bürgermeister Schröter aus Wörlitz. Es wurde das Ergebnis ausgewertet. Bei der Bürgeranhörung zur Bildung einer Einheitsgemeinde der Stadt Oranienbaum-Wörlitz haben sich in Vockerode 93,3 % und in Wörlitz 71,4 % gegen die Bildung einer Einheitsgemeinde ausgesprochen. In der gesamten Verwaltungsgemeinschaft bei der sehr geringen Wahlbeteiligung von 21,1 % sprachen sich lediglich 37 % der gültigen Stimmen für eine solche Bildung der Einheitsgemeinde Stadt Oranienbaum-Wörlitz aus.

Es wurde ein gemeinsamer Brief an den Präsidenten des Landtages vereinbart, mit der Bitte, das Bürgervotum bei der Gesetzgebung bei der Gebietsreform zu berücksichtigen und dann doch noch den Weg frei zu machen für eine Eingemeindung der beiden Gebietskörperschaften Wörlitz und Vockerode in unsere Stadt.

#### **Kultur**

- Am 11. November 2009 fand die Unterzeichnung des Mietvertrages mit der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) zur Umsetzung des Qualifizierungsprojektes für lernbehinderte bzw. mehrfach behinderte Jugendliche im Jugend-, Kultur- und Freizeitzentrum „Krötenhof“ statt. Mit der Einrichtung eines Integrationsprojektes ist es gelungen, 10 Ausbildungsplätze sowie 3 Arbeitsplätze im Küchenbereich zu schaffen. Das Angebot wird sehr gut angenommen.
- Am 28. November 2009 wurde eine viel beachtete Ausstellung über das Leben und Werk von Carl-Wilhelm Kolbe der Ältere in der Anhaltischen Gemäldegalerie eröffnet. Mit dieser Ausstellung ist eine neue Basis für die Interpretation des Werkes dieses bedeutenden in Anhalt und Dessau wirkenden bildenden Künstlers geschaffen worden.

- Die Eröffnung einer Sonderausstellung im Museum für Stadtgeschichte Dessau/Johannbau „Wo die (Sammler-)Liebe hinfällt: Bismarck trifft auf Altwasser. Zwei Dessauer Sammler zeigen ihre Schätze“ war am 15. Dezember 2009. Hier präsentieren zwei langjährige Mitarbeiter des Museums für Stadtgeschichte, Herr Hans-Joachim Mellies und Herr Roger Hochmuth, ihre eigenen Steckenpferde.
- 800 Jahre Anhalt - 2012 feiert die Region Anhalt ihren 800. Geburtstag. In Vorbereitung dieses Jubiläums trafen sich bereits zweimal die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Vertreter aus Politik, Kultur und Religion des ehemaligen Freistaates und Herzogtums zu Arbeitsgesprächen. Man verständigte sich zunächst darauf, dieses Jubiläum auch gemeinsam zu feiern.  
 Beim Treffen am 21. Oktober 2009 in Bernburg konstituierte sich die Lenkungsgruppe für den weiteren Vorbereitungsprozess. Dabei wurde ein Brief an den Ministerpräsidenten unseres Landes verabschiedet mit der Bitte, dieses Anhalt-Jubiläum als landesbedeutsames Jubiläum als Landesregierung angemessen zu fördern und sich daran zu beteiligen. Eine Antwort darauf wurde heute angekündigt.  
 Am 28. November 2009 gab es ein Treffen von Akteuren unserer Stadt im Palais Dietrich zu einem Workshop mit zahlreichen Ideen, wo auch Leitsätze diskutiert wurden, die am 20. Januar 2010 beim nächsten Treffen der Lenkungsgruppe verabschiedet werden sollen.  
 Am 10. Dezember 2009 kam erstmalig die sog. Referentengruppe zusammen, die die Arbeit der Lenkungsgruppe vorbereitet mit Informationen zum Aufbau einer Organisationsstruktur, zur Errichtung einer Geschäftsstelle, zu Vorschlägen für Mitglieder des Kuratoriums und zum Vorbereitungsstand der Jubiläumsfeierlichkeiten insgesamt.  
 Am 20. Januar 2010 findet das nächste Treffen der Lenkungsgruppe in Köthen statt. Zuvor wird es auch eine Beratung mit Vertretern der betreffenden Ministerien geben. Die Bestätigung unseres Termins für den Sachsen-Anhalt-Tag 2012 steht noch aus. Vorgeschlagen wurde das erste Juli-Wochenende.  
 Das Jubiläumsjahr 2012 beginnt am 9. Februar mit einem Festakt in unserer Stadt. Hier werden für das Jubiläum weitere Ideen und vor allem auch Mitmacher gesucht.

## **Soziales**

Am 25. November 2009 fand im Diakoniezentrum St. Georgen die 1. Zukunftskonferenz „Aktiv Älter werden“ – Armutsrisiken und Chancen des demografischen Wandels - statt. Diese Konferenz hatte eine große Beteiligung von Akteuren der Seniorenarbeit sowie vieler interessierter Bürger zu verzeichnen.

## **Wirtschaftsförderung und Tourismus**

- Zur Erarbeitung eines Wirtschafts- und Entwicklungskonzeptes wurde die IW consult aus Köln beauftragt.
- Am 23.11.2009 fand in der Sparkasse ein interessantes Wirtschaftsforum zur Mitarbeiterführung, Teamwork und Motivation statt
- An der Einweihung des Neubaus des WTZ in der Roßlauer Mühlenreihe am 19. November 2009 nahm der Wirtschaftsminister Dr. Haseloff teil.
- Zum Erhalt der Rundbogenhalle durch Umsetzung in das Technikmuseum haben die vorbereitenden Arbeiten begonnen. Leider musste in der vergangenen Woche eine Brandstiftung zur Kenntnis genommen werden, unsere Arbeitsrichtung werde jedoch beibehalten.

## Allgemeines:

- Das **Haideburger Jagdschloss** wurde bereits durch Stadtrat Glathe angesprochen. Die Sensibilität in der Bürgerschaft sei u. a. auch durch die Beobachtungen beim Jagdschloss Königendorf geweckt worden. Das Jagdschloss Haideburg darf kein zweites Königendorf werden. Dies werde Herr Koschig dem Minister noch einmal dezidiert vortragen.
- Die Besitzerin des **Königendorfer Jagdschlusses** hat Verfügungen hinsichtlich Gefahrenabwehr und Denkmalschutz erhalten. Es gibt zwei Terminvorschläge für Januar 2010 durch das Bauordnungsamt. Der Eigentumsübergang ist noch nicht vollzogen, nach wie vor ist die LIMS A im Grundbuch als Eigentümer eingetragen. Es gibt weitere Interessenten an der Immobilie. Das Objekt liegt allerdings mitten im Wald, also im Außenbereich.

Es gibt grundsätzlich drei Varianten:

1. Die jetzige Besitzerin bleibt im Eigentum – schlechteste, aber unkomplizierteste Variante. Die Probleme werden aber damit nicht gelöst.
2. Ein neuer Investor saniert und bewirtschaftet die Immobilie – vermutlich aber mit sehr hohen Kosten verbunden.
3. Die von der Bevölkerung sicherlich nicht gewünschte Variante wäre ein Abbruch und Renaturierung des Geländes über die Stadt, was die praktikabelste und dauerhafte Lösung wäre. Die Stadt müsste lastenfrei und kostengünstig das Grundstück erwerben und möglicherweise über Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes die Gebäude abreißen und die Flächen renaturieren. Fördermittel würde es dafür nicht geben.

Die Verwaltung bleibe an dem Thema dran, genauso wie sie natürlich die Initiativen um das Jagdschloss Haideburg unterstützt.

- Am 12. Dezember 2009 fand im Großraum Kühnau die **2. gemeinsame Drückjagd** auf einer Fläche von 1.610 ha statt. Zum Einsatz kamen 164 Schützen und 90 Jagdhelfer und brachten folgendes Wild zur Strecke: 32 Stücke Schwarzwild, 18 Stücke Rehwild, 1 Fuchs.
- Am 13. November 2009 war die konstituierende Sitzung des **Kuratoriums für das Hugo-Junkers-Denkmal**. Am gleichen Tag, fand die gemeinsame Sitzung des **Kuratoriums und des Vorstandes der Moses-Mendelssohn-Stiftung** statt. Die nächste gemeinsame Zusammenkunft wird am 75. Todestag von Hugo Junkers am 3. Februar 2010 sein.
- Die Auftaktveranstaltung der **Tanzperformance-Werkstatt** fand am 20. November 2009 im Bauhaus zu dessen 90. Jubiläum statt.
- Den Abschluss und auch schon die Überleitung in das nächste Jahr bildet die **Ausstellungseröffnung „Bauhausstadt“** am 5. Dezember. Diese Ausstellung ist sehr empfehlenswert. Hier kann eine intensive Auseinandersetzung mit unseren Traditionen aber auch den Chancen und Potentialen der Bauhausstadt angeschoben werden.

- Schon am Vorabend, also am 4. Dezember 2009, besuchte der **Präsident des Deutschen Bundestages**, Herr Prof. Norbert Lammert auf Einladung des Anhaltischen Theaters unsere Stadt. Er hat sich diese Ausstellung angesehen, sich in unser Gästebuch eingetragen und hat an der Premiere des Musicals von Leonard Bernstein „Candide“ teilgenommen.
- Am 26. und 27. November 2009 fand am Standort Feuerwache Dessau eine **Landeskatastrophenschutzübung** statt. Hier wurde ein extremes Hochwasserereignis simuliert. Die Stadt habe dafür s. E. auch gute Noten von der Jury aus dem Bördkreis erhalten.
- Am 27. November 2009 wurden ca. 100 **Nachwuchssportler** der Stadt Dessau-Roßlau im Kornhaus geehrt.
- Am 7. Dezember 2009 erfolgte mit einem Workshop der Startschuss zur **Netzwerkgründung -„Gelebte Demokratie“**. Herr Koschig sprach die Einladung aus, sich hier aktiv an dem Netzwerk zu beteiligen.

Der Bericht zum **Stand der Baumaßnahmen** und die **Hochwasserinformation** wurden schriftlich ausgereicht

Abschließend sprach OB Koschig seine Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang am 10. Januar 2010 im Anhaltischen Theater aus und wies auf die am 07. Januar, 9.00 Uhr, an der Friedensglocke stattfindende Gedenkveranstaltung anlässlich des 5. Todestages von Oury Jalloh hin.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In nichtöffentlicher Sitzung am 11. November 2009 fasste der Stadtrat einen Beschluss über Konsolidierungsmaßnahmen bei den Personalausgaben, teilte Herr Oberbürgermeister Koschig mit.

### **5. Einwohnerfragestunde**

In der Einwohnerfragestunde erhielt **Herr Kurt Hoffmann, wohnhaft in Großkühnau**, das Wort. Er bezog sich auf seine Anfrage an den Stadtratsvorsitzenden vom 30.03.2009, seine Anmahnung im Stadtrat am 10.06. und die Nachfrage des Bürgers Kern aus Großkühnau im November 2009. Hierauf sei bisher immer noch keine Antwort erfolgt. Die für Ende August bzw. Anfang September versprochene Beratung des Stadtratspräsidiums sowie kompetenten Vertretern der Stadtverwaltung, des Ortschaftsrates und der engagierten Bürger des Ortsteiles hat nicht stattgefunden. Auch die am 09.10. vom Ortschaftsrat durchgeführte Ortsbegehung hat bis auf einen Artikel im Amtsblatt von Herrn Stadtrat Weber, CDU-Fraktion, keine Reaktion in der Verwaltung ausgelöst. Hier merkte Herr Hoffmann aber an, dass die Maßnahme des Ortschaftsrates keine Kausalität mit seiner Anfrage hatte.

Er habe sich mit seinem Anliegen an den obersten Volksvertreter der Stadt Dessau-Roßlau gewandt, in der Hoffnung, dass sich der Stadtrat gemeinsam mit der Verwaltung sich der Probleme der Bürger annimmt. In dieser Hinsicht sei er enttäuscht worden. Herr Hoffmann stellte nochmals die Wichtigkeit seines Anliegens, die Versorgung der Bürger, dar. In Großkühnau bestehe keine Möglichkeit der Nahversorgung und es könne erst in 2,5 bis 4,5 km Entfernung eine Einkaufsmöglichkeit erreicht werden. Nahversorgung seien Entfernungen von 500, 800 m bis 1000 m. Herr Hoffmann hat aber im Zentrenkonzept der Stadt keinen Ortsteil außer Großkühnau gefunden, wo so eine Strecke zurückgelegt werden muss. Hier bestehe dringender Gesprächsbedarf und Herr Hoffmann empfahl den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten oder im Internet z. B. unter [www.nahversorgungsoffensive.de](http://www.nahversorgungsoffensive.de).

Abschließend drückte Herr Hoffmann für das neue Jahr seine Hoffnung auf bessere Zusammenarbeit und Bürgernähe aus.

In seiner Entgegnung erinnerte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** an zwei persönliche Gespräche mit Herrn Hoffmann. Des Weiteren habe er sich mit dem Oberbürgermeister Koschig abgestimmt und über ihn der Verwaltung die von Herrn Hoffmann und einer weiteren Kühnauer Bürgerin eingereichten Unterlagen zur weiteren Prüfung übergeben. Es war dann eine gemeinsame Begehung in Großkühnau geplant und Herr Dr. Exner habe im Vorfeld dieser Planung dem Ortsbürgermeister mitgeteilt, dass er, Herr Dr. Exner daran nicht teilnehmen kann und ihn um Terminverlegung gebeten. Allerdings hatte er nichts dagegen, wenn die Begehung ohne ihn persönlich stattfinden würde. Wenn nun bemängelt werde, dass kein Feedback gekommen ist, greife er das natürlich auf und werde intern eine Klärung veranlassen. **Herr OB Koschig** sagte ebenfalls eine Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## 6. Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, bezog sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters. Herr Koschig hatte ausgeführt, wenn das Jagdschloss Königendorf in städtischen Besitz übergeht, gebe es einen Rückbau bzw. einen Abriss. Die SPD-Fraktion begrüße die Initiative von Herrn Glathe, CDU-Fraktion, und werde diese auch unterstützen.

Erwidernd legte **Oberbürgermeister Koschig** dar, Herr Eichelberg habe ihn falsch verstanden, denn er habe gesagt, die 3. Variante wäre Abbruch und dazu müsste die Stadt das Grundstück lastenfrei und kostengünstig erwerben.

Dass die umliegenden Gebäude rückgebaut werden, sei o.k., entgegnete **Herr Eichelberg**, aber nicht dieses Jagdschloss, da es ein uraltes Erbe ist. Man sollte noch einmal überlegen, ob es nicht andere Möglichkeiten als den Abriss gibt.

Auf den Antrag von Herrn Glathe zur Ergänzung der Tagesordnung zurückkommend, verlas **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, den an die Stadträte ausgereichten Äußerungsvorschlag:

**„Der Stadtrat bekennt sich zum Erhalt des Jagdschlusses Haideburg in Landeseigentum und zum Fortbestand des Forstbetriebes Anhalt und des Betreuungsforstamtes in selbigem.“**

Er bat die Stadträte um ein entsprechendes Votum zur Erklärung durch Handaufzeigen. Der Stadtratsvorsitzende, Dr. Exner, stellte fest, dass die Stadträte dieser **Erklärung** mehrheitlich zustimmten (45:00:01) und erklärte, dass der Oberbürgermeister mit diesem deutlichen Votum Rückenwind für die weiteren Verhandlungen habe.

**Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, stellte der Verleihung des von den Stadträten seiner Fraktion gestifteten Rhetorikpreis folgende Laudatio voran.

„Die Stadträte der FDP-Fraktion verleihen den Rhetorikpreis in diesem Jahr an Bernd Wolfram. Sie ehren damit einen Menschen, der seit vielen Jahren in leitenden Funktionen im Dienste unserer Stadt steht und sich dabei um unser Gemeinwesen in hervorragender Weise verdient gemacht hat. Von Haus aus Berufsschullehrer, hat sich Bernd Wolfram zu einem Universalisten für kommunale Angelegenheiten entwickelt, für Schule und Erziehung, für Planen und Bauen, für Gesundheit und Soziales, für Kultur und Bildung und für Organisation- und Prozessgestaltung. In diesen Fällen haben wir ihn fast gleichzeitig wahrgenommen als Anreger und Ideengeber, als anderen Wissen Vermittelnder und für das Wissen anderer Offener, als Moderator oder Mediator bei der Steuerung komplizierter und komplexer kommunaler Prozesse, als Gestalter und Vollstrecker städtischer Vorhaben. Nur selten blieb ihm der Erfolg versagt.

Ein entscheidender Schlüssel für das erfolgreiche Wirken Bernd Wolframs sind sein Wille, seine Fähigkeit und sein Talent zu sachbezogener Kommunikation und Kooperation, also für die Gestaltung von Vorgängen, in denen sich Menschen im Sinne des kommunalen Anliegens zusammentun, um sich wechselseitig anzuregen und gemeinsam nach qualitativ hochwertigen und konsensfähigen Lösungen zu suchen, die die Stadt benötigt. Bernd Wolfram vermag solche Prozesse nicht nur zu initiieren und zu moderieren, sondern durch seine gehaltvollen Sachbeiträge zu bereichern und in Erfolg versprechende Richtung zu lenken. Die Akzeptanz, die er dabei von seinen Kooperationspartnern erfährt, resultiert aus einem Denkstil und aus einer Haltung, die sich schnell offenbaren. Die zu findende Einzellösung muss einem zu bestimmten Ganzen genügen und sie muss der nachhaltigen Verwirklichung Allgemeinwohl orientierter Ziele und nicht der Durchsetzung partikulärer Interessen dienen.

Aus solchen Verständnissen, aus solcher Haltung hat Bernd Wolfram die Kommunikation und Kooperation innerhalb seines Amtes zwischen den Dezernaten der Verwaltung, zwischen Verwaltung, Stadtrat und Bürgern sowie zwischen der Verwaltung und den für die Genehmigung und Förderung von Vorhaben zuständigen oberen und obersten Landesbehörden nachhaltig geprägt. Daraus sind nicht hoch genug zu schätzende positive Wirkungen für unsere Stadt erwachsen, wie z. B. die stets weitsichtige, in sich stimmige und daher nie genehmigungsgefährdete Schulentwicklungsplanung, die Generierung eines überproportionalen Anteils an Fördermitteln zur baulichen Rekonstruktion und sukzessiven und zukunftsorientierten Verbesserung der Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen an den Schulen, inklusive des Baus neuer Turnhallen, weiterhin der Bau eines architektonisch stilbildenden und funktional beispielgebenden neuen Berufsschulzentrums für die Region Anhalt als Ergebnis gewissenhafter, interdisziplinärer Planung und eines bundesweiten Architekturwettbewerbes, die sich jetzt mit dem 5. Bauabschnitt vollendenden Investitionen am Städtischen Klinikum und mit der Gründung des

sich erfolgreich erweisenden Medizinischen Versorgungszentrums setzt sich die Organisation Bündelung und dadurch Mehrung der Ressourcen für eine soziale Stadt zur Unterstützung derer, die ihrer Hilfe bedürfen, fort. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Bernd Wolfram hat als Leiter des Schulverwaltungsamtes seit 1990 und langjährig als Leiter des Dezernates Gesundheit, Soziales und Bildung gewirkt. Zu allen Zeiten hat er Spuren hinterlassen, die seine Handschrift tragen und das Antlitz der Stadt zum Positiven verändern. Wir danken ihm als Fraktion der FDP und insgesamt als Stadtrat für diese hervorragende Tätigkeit.“

Herr Dr. Plettner überreichte Herrn Wolfram den Preis.

**Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, bemerkte, er sei sprachlos, gerührt, fühle sich geehrt und bedanke sich insgesamt bei allen, die im Raum sitzen, aber auch bei denen, die in der Verwaltung sitzen und sicherlich auch das eine oder andere Mal zu Recht oder Unrecht gescholten wurden und im Mittelpunkt stehen. Aber nur durch diese gemeinsame Arbeit war es möglich, dies zu vollbringen. Gerade der Stadtrat habe dafür das Zeug, hier diese Arbeit der Verwaltung zu unterstützen. Für das, was ihm in den vielen Jahren gelang, bedankte sich Herr Wolfram herzlich für das Vertrauensverhältnis in der Verwaltungsspitze und jedem einzelnen Stadtrat. Besonders dankte er Herrn Dr. Plettner und der FDP-Fraktion.

In Fortsetzung des Tagesordnungspunktes bezog sich **Herr Göricke, Freie Wähler**, zunächst auf die Kindereinrichtung „Mosigkauer Schlosskinder“ in der Ortslage Mosigkau. Diese Kindereinrichtung wurde als ein Teilobjekt in den Leaderprozess eingebracht und im Leadermanagement mit einer sehr hohen Punktbewertung bestätigt. Daraufhin hat sich der Behindertenverband dafür eingesetzt, dass der jetzige Kindergarten von der Knobelsdorffallee 4 umziehen wird in die Knobelsdorffallee 5 und zwar in ein Gelände der Kulturstiftung Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Hierfür war es notwendig, Fördermaßnahmen zu beanspruchen bzw. zu akquirieren. Nach unserem damaligen Kenntnisstand war es so, dass Fördermittel in zwei verschiedenen Maßnahmen, oder in die Kindertagesstätte untergebracht werden sollten. Nunmehr mussten festgestellt werden bzw. habe man aus der Presse erfahren, dass nach anfänglichem Ja ein Nein für die Kindergarteneinrichtung gelte. Er wies darauf hin, dass dieses Projekt einer von drei Bausteinen Dorfzentrum Mosigkau ist und stellte die Frage, ob das Projekt Kindereinrichtung Mosigkauer Schlosskinder in der Finanzierung gefährdet ist, wenn ja, in der Gesamtheit oder nur in Teilobjekten. Eine Teilrealisierung für das Objekt komme eigentlich nicht in Frage, da zu einem späteren Zeitpunkt mit Kostenaufwachsen zu rechnen ist.

Es sei bekannt, dass das ein komplexes Programm ist, wo mehrere Dinge einander bedingen, erwiderte **Oberbürgermeister Koschig**. An dem Projekt werde gearbeitet. Bekannt ist, dass die Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II abgelehnt wurden, womit ein Teil der Finanzierung weg gebrochen ist. In der Verwaltung müsse jetzt überlegt werden, wie, wann und in welchem Zusammenhang das Projekt weiter vorangetrieben werden kann. Aber die Finanzierung stehe zurzeit nicht. Man habe einen ablehnenden Bescheid für die Konjunkturmittel aus Magdeburg bekommen.

**Herr Göricke** übergab an Oberbürgermeister Koschig eine **Unterschriftenliste** (228 Unterschriften) von **Einwohnern der Ortslage Mosigkau**, die zum Ausdruck bringt, dass sie nicht damit einverstanden sind, wie der Ort derzeit mit Informationen versorgt wird. Er forderte den Oberbürgermeister auf, eine Einwohnerversammlung in Mosigkau durchzuführen.

Sein Unverständnis äußerte **Oberbürgermeister Koschig**, da diese Maßnahme weder gestrichen, noch beendet sei, sondern Magdeburg nur einen Teil der Finanzierung für das Gesamtprojekt abgelehnt hat. Deshalb müsste sich die Unterschriftensammlung nach Magdeburg wenden.

Es gehe nicht nur um die Kindertageseinrichtung, betonte **Herr Göricke**. Es sei eine Willensbekundung zur Einberufung einer Einwohnerversammlung, zu der der Oberbürgermeister nach der gültigen Hauptsatzung eigentlich einmal im Jahr verpflichtet ist. Eine solche wurde in den zwei Jahren der Amtszeit in keinem Ort durchgeführt. Es ist eine Aufforderung, ob er dieser zustimmt oder nicht, sei seine Entscheidung. Folgende Themen werden vorgeschlagen:

- Die Vorstellung der Konzeption der Stadt Dessau-Roßlau für die Ortschaft Mosigkau,
- welchen Platz nehmen die Einwohner von Mosigkau bei der Stadtentwicklung ein und
- welche Maßnahmen sind in der Ortschaft Mosigkau geplant oder werden unterstützt.

**Oberbürgermeister Koschig** korrigierte, es stimme nicht, dass er keine Einwohnerversammlung in seiner Amtszeit als Oberbürgermeister durchgeführt habe. Richtig ist, dass er keine in Mosigkau durchgeführt habe. Man habe im Protokoll eine Aussage seines Amtes, dass keine durchgeführt wurde, erwiderte **Herr Göricke**.

An den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, gerichtet, erinnerte **Herr Göricke** an seine schon in der letzten Sitzung gestellte Frage, wie man mit Wahlwerbung im Amtsblatt auf den Seiten der Stadtratsfraktionen umgehen möchte. Er habe bis heute keinerlei Antwort bekommen.

Die Antwort stehe in der Tat noch aus, entgegnete **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Herr Göricke werde aber noch eine Antwort erhalten.

Die letzte Anfrage von **Herrn Göricke** bezog sich auf den Landesentwicklungsplan, welcher noch bis zum 31.12.2009 ausliege. Er fragte, ob den Stadträten die Stellungnahmen der Stadt zur Kenntnis gegeben werden und wenn ja, in welcher Art und Weise.

Die Bindungsfunktion habe das Amt 12, weshalb es in seinen Zuständigkeitsbereich falle, erklärte **Oberbürgermeister Koschig**. Für die OB-DB sei eine Vorlage erarbeitet worden, da sämtliche Stellungnahmen zum ersten Entwurf des Landesentwicklungsplanes vom Land aufgenommen und in den Plan eingearbeitet wurden, so dass es einer qualifizierten Stellungnahme zum zweiten Entwurf nicht bedarf. Man werde die Stellungnahme den Stadträten zur Kenntnis geben. Hierin gehe es lediglich um das Problem der Zentralörtlichkeit, der Abgrenzung des Oberzentrums innerhalb der Gemarkung der Stadt Dessau-Roßlau, was der einzige konträre Punkt im zweiten Entwurf ist, wo im Übrigen der Städte- und Gemeindebund in der Summe eine andere Auffassung hat als

das Ministerium für Raumordnung. Auf die Nachfrage von Herrn Göricke, erklärte der Oberbürgermeister, die Stellungnahme werde in Schriftform an die Stadträte ausgehändigt.

**Herr Kolze, CDU-Fraktion**, erklärte, in den letzten Wochen sei es um den **Finanzausgleich** des Landes gegangen und seit der letzten Sitzung des Hauptausschusses hat es auch Veränderungen im FAG gegeben, so dass ihm mit heutigem Datum die neuesten Zahlen des Statistischen Landesamtes vorliegen. Er berichtete, wie es für Dessau im Vergleich zu 2009 im nächsten und im Jahr 2011 aussehen wird:

Laut geltendem Recht hätten der Stadt Dessau-Roßlau in diesem Jahr 57,1 Mio. Euro Finanzausgleichsmittel zugestanden. Tatsächlich netto erhielt die Stadt Dessau-Roßlau 64,3 Mio. Euro, was eine Überzahlung von 7,2 Mio. Euro sei. Diese Differenz ist gestreckt auf 3 Jahresscheiben zurückzuführen, so dass die Stadt Dessau-Roßlau nach geltender Rechtslage 62,964 Mio. € im nächsten und übernächsten Jahr Finanzausgleichsmittel vom Land Sachsen-Anhalt bekommen wird.

Das sei durchaus ein Erfolg, den man verbuchen könne. Natürlich bleibe der Finanzausgleich kein starres Gesetz, sondern unterliege variablen Entwicklungen, wie Steuerkraftmesszahlen, Einwohnerentwicklung usw., so dass sich diese Zahlen nach einem Abrechnungszeitraum noch einmal verändern können. Es gebe aber einen absoluten Zuwachs von Mitteln für die Stadt.

Bezüglich des Antrages von Herrn Glathe zum **Jagdschloss in Dessau-Haideburg** könne Herr Kolze mitteilen, dass derzeit noch der sog. Bereinigungsausschuss im Landtag tagt, der sich mit allen finanztechnisch zu klärenden Fragen befasst. Dort gibt es heute eine Vorlage, die spätestens morgen Vormittag beraten werden wird. Diese Vorlage sehe eine Veräußerung des Jagdschlusses nicht mehr vor. Er hoffe, dass die Kollegen des Ausschusses so, wie sie sich geäußert haben, am Ende auch abstimmen werden. Dann werde es keine Veräußerung des Jagdschlusses geben.

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Kolze an. Das Land habe in den letzten Wochen allen Städten und Gemeinden eine Beteiligung an der Entschuldung versprochen. Sie fragte, welche Summe für Dessau-Roßlau vorgesehen und ob schon Geld angekommen ist, oder ob das nur ein leeres Versprechen ist.

Weiterhin bat sie um eine Sachstandsinformation zur Prüfung Umlegungsverfahren des Geländes GUS Kochstedt, denn vor mehreren Wochen habe sie im Rat angefragt, aber keine Antwort erhalten.

**Frau Beigeordnete Nußbeck** führte aus, zum Entschuldungsprogramm „Stark 2“ gibt es noch keine konkreten Verfahrensweisen. Fest steht, dass das Finanzministerium ein Budget von 500 Mio. € zur Verfügung stellen will. Es besteht die Absicht, die Kommunen um 30 % ihres Kreditvolumens an Investitionskrediten, also ihrer Schulden, zu entlasten. Über die Rahmenbedingungen werde im Moment mit dem Städte- und Gemeindebund intensiv verhandelt. Dieser ist mit einbezogen, praktikable Wege zu entwickeln. Man rechne damit, dass frühestens Anfang des Jahres dazu konkretere Vorstellungen bestehen und dann in einen Erlass, oder was auch immer, gegossen werden. Was man aber jetzt schon sagen kann ist, dass das Land definitiv diese Entschuldung an Bedingungen knüpfen werde hinsichtlich einer Konsolidierungsgemeinschaft, die anhand von Kennziffern festgelegt wird. Wenn man die nicht einhält, gibt es Strafpunkte, die Zins-

verschlechterung bedeuten. Es ist also erforderlich, dass der Stadtrat tatsächlich dieser Konsolidierungsgemeinschaft und der Annahme dieses Angebotes zur Entschuldung zustimmen muss.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, merkte an, seine Frage richte sich sowohl an Herrn Hantusch als auch an Herrn Dr. Raschpichler. Seit über einem Jahr gebe es den Heimatverein Siedlung. Dieser arbeite sehr engagiert die Geschichte der Dessauer Siedlung auf. Vor mehr als einem halben Jahr hat der Verein begonnen, aus der Verwaltung eine Pflegevereinbarung zu erhalten, da er den Waldkater und den Amaliensitz zukünftig pflegen will. Wenn man heute dort vorbei kommt, sei schon wieder alles vollgeschmiert, obwohl gerade erst gestrichen wurde. Herr Weber bedaure, wenn Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die sich freiwillig und ehrenamtlich aufmachen und möchten 2 Bildnisse, zwei besondere Punkte unserer Stadt sauber halten und pflegen, dass es nach über einem halben Jahr nicht möglich ist, ihnen offiziell zu gestatten, dies auch zu tun. Er bat darum, etwas dazu zu sagen, oder für eine Beantwortung des schriftlich vorliegenden Antrages zu sorgen.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Den Punkt „Informationen“ betreffend, führte **Herr Bähr, FDP-Fraktion**, aus, man habe das Problem mit Haideburg und er hoffe, dass das mit dem Jagdschloss in die richtige Richtung geht. Allerdings müsse er sagen, was über die MZ im Vorfeld gelaufen ist, was s. E. nicht nachvollziehbar. Auch nicht, nachdem er bei der Landtagsfraktion der FDP nachgefragt habe. Er wolle deutlich sagen, sowohl der Kreisverband der FDP, als auch die FDP-Fraktion hier und die FDP-Fraktion im Landtag haben an der Stelle nicht unbedingt das Bedürfnis. In einem Gespräch mit Herrn Hauser wurde von diesem eine andere Darstellung gebracht. Man müsse in die richtige Richtung gehen und den Stil bei dem Ganzen wahren. Wenn ein Minister der CDU solches in Gang setzt, müsse man diesen ansprechen und nicht irgendwelche Parteikollegen oder eine Partei. Man sei in der richtigen Richtung, wofür er sich bedanken wolle und hoffe, dass das heute auch klappt. Er bat aber darum, die Spitzen aus der Presse herauszulassen.

Am 28.11.09 habe man aus der Presse entnehmen können, dass die Hochwasserübung stattgefunden hat, merkte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, an. Herr Koschig hatte in seinen Ausführungen erwähnt, dass dafür gute Noten vergeben wurden. Trotzdem stelle sich die Frage, ob es irgendwelche Probleme gegeben hat. Solche Übungen hätten ja auch das Ziel, Schwachpunkte zu ermitteln und zu erkennen. Gibt es dazu Informationen und werden die betroffenen Regionen diesbezüglich informiert? Es wäre gut, wenn man das entsprechend bekannt geben würde.

Eine Auswertung liege noch nicht vor, erwiderte **Oberbürgermeister Koschig**. Die Dinge, die dort zur Sprache kamen, waren am Tag zuvor im Hochwasserausschuss Thema. Es gebe aber keine zusätzlichen Erkenntnisse, die hier gemeint sein könnten.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärte, er habe eine Frage zum Grundverständnis im Umgang mit konzeptionellen Orientierungen in dieser Stadt. Wie geht es weiter in der Handhabung Zentrenkonzept Masterplan Innenstadt; gibt es dazu eine Zeitschiene und konzeptionelle Orientierungen in der weiteren Vorgehensweise?

Dies wurde im Bauausschuss mehrere Male vorgestellt, auch an welchem Punkt man jetzt ist, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man werde das in einem der nächsten Ausschusssitzungen wieder tun. Zwischendurch werden auch Resümees gezogen, so dass man im Kern immer sagen könne, wo man stehe. Das gelte für beides, für das Leitbild und den Masterplan Innenstadt. Wobei das Leitbild informativ verläuft.

**Herr Schönemann** fragte nach, ob sich die Problematik in eine Terminkette einfügen lässt. Es wäre gut, wenn man sie entsprechend veröffentlicht begleiten könnte. Auch für die Fraktion wäre wichtig, dass man diese Steps, die man hinsichtlich der Realisierung dieser Vorhaben abarbeite, auch öffentlich transparent macht und die nötige Beteiligung der Bevölkerung sichert, einschließlich der Mitarbeit unserer Räte.

**Herr Beigeordneter Hantusch** ergänzte, was er gesagt habe, bezog sich auch auf die Terminkette. Die Terminkette habe man am Anfang vorgestellt und man werde jetzt in einer der nächsten Sitzungen auch die Terminkette vorstellen, die sich im Zuge der weiteren Planung ergibt.

**Herr Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bemerkte, es sei vorhin die Problematik Nahversorgung angesprochen worden, welche in Großkühnau ein großes Problem sei. Es wurde gleichzeitig mit dem Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes die Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes beschlossen. Damals sei gesagt worden, dass der einfache Bebauungsplan ohne zusätzliche Mittel durch die Verwaltung selbst bearbeitet werden kann. Ihn interessiere, wann der Offenlagebeschluss, welcher ja das Vorhaben voranbringt, in den Stadtrat kommt.

Das werde schriftlich beantwortet, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

**Herr Hantusch** gab abschließend eine Zwischeninformation zur Geruchsbelästigung in der Zoberbergschule. Derzeit sei man im 3. Sanierungsabschnitt mit 500 m<sup>2</sup>, so dass im Januar ca. 3.500 m<sup>2</sup> von 4.500 m<sup>2</sup> saniert wurden, was 80 % seien. Man hatte damit gerechnet, dass der Gutachter Mitte Dezember sein Gutachten vorlegt. Er hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass das Gutachten frühestens im Januar vorliegen und es möglicherweise zu weiteren Untersuchungen kommen wird, so dass letztendlich nicht alle Räume der Sanierung zugeführt werden können, sondern die Beprobungsräume nach wie vor offen sein werden.

## **7. Beschlussfassungen**

### **7.1 Berufung des Stadtwehrleiters und dessen Stellvertreter in das Ehrenbeamtenverhältnis Vorlage: DR/BV/339/2009/II-37**

Die zu berufenden Kameraden Herr Braun, Herr Schurzmann und Herr Punke wurden zunächst vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, begrüßt. Es erfolgte daraufhin die Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Herr Olaf Braun wurde als Stadtwehrleiter berufen. Weiterhin wurden als stellvertretende Stadtwehrleiter für den Abschnitt Süd Herr Norbert Schurzmann und für den Abschnitt Nord Herr Frank Punke berufen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

Der Oberbürgermeister übergab nach jeweiligem Verlesen die entsprechenden Berufungsurkunden.

**7.2 Rücktritt und Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses**  
**Vorlage: DR/BV/465/2009/V-StR**

Als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied wurde auf Vorschlag der St. Johannis GmbH Frau Nicole Hitzegrad gewählt.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.3 Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 für das Anhaltische Theater Dessau**  
**Vorlage: DR/BV/413/2009/I-ATD**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.4 Wirtschaftsplan 2010 des Städtischen Klinikums Dessau einschließlich Erfolgs-, Vermögens-, Stellen- und Finanzplan**  
**Vorlage: DR/BV/399/2009/I-SKD**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.5 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung)**  
**Vorlage: DR/BV/462/2009/II-20**

**Herr Weber, CDU-Fraktion,** erläuterte, man habe in den Ausschusssitzungen keinen Zweifel daran gelassen, dass die Senkung vor allem der Hebesätze für die Gewerbesteuer ein notwendiges Signal ist, was jetzt gesandt werden muss. Seitdem der Antrag schon einmal hier gestellt wurde, seien einige Argumente diskutiert worden. So der, dass bezweifelt wird, mit einer gesenkten Gewerbesteuer hier mehr Investoren heranzuziehen. In dem Punkt sei er aber langsam verärgert, da es nicht angehen könne, dass es immer nur um die Investoren geht, die man erst nach Dessau holen wolle. In den vergangenen Jahren haben unsere Handwerker und Gewerbetreibenden, vor allem die Mittelständler in dieser Stadt, den Großteil der Arbeitsplätze erhalten und gesichert.

Man bleibe bei der Auffassung, die man auch schon beim letzten Mal vertreten habe und fordere, die Gewerbesteuern und die Grundsteuer B in den Jahren von 2010 bis 2012 stufenweise aneinander anzugleichen. Der Änderungsantrag werde unverändert wieder vorgelegt und Herr Weber bat darum mitzuhelfen, ein Zeichen zu setzen, für die Betriebe in Dessau, die das Rückrat der Wirtschaft darstellen.

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke,** erklärte, man solle endlich zur Kenntnis nehmen, dass allein schon der Bund durch die Gesetzgebung die Messzahl einheitlich von 1,5

auf 3,5 erhöht hat. D. h., hätte die CDU-Fraktion im Bundestag dieser Vorlage nicht zugestimmt, würden die Gewerbetreibenden jetzt schon weniger belastet.

Es gebe keine Gegner, sondern Leute, die anderer Auffassung sind, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an Herrn Weber gewandt. Dem Vorschlag zur Änderung erteile die Fraktion die gleiche Antwort wie beim letzten Mal: Politisch nachvollziehbar, fachlich indiskutabel.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich abgelehnt (13:26:07).

Die Hebesatzsatzung wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 31:00:15

#### **7.6 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richter für das Verwaltungsgericht Halle Vorlage: DR/BV/421/2009/II-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

#### **7.7 Änderung der Hauptsatzung Vorlage: DR/BV/340/2009/II-30**

Die Änderung der Hauptsatzung wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:02

#### **7.8 Geschäftsordnung für die Ortschaftsräte Vorlage: DR/BV/464/2009/II-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 45:00:01

#### **7.9 Feuerwehrrente Vorlage: DR/BV/358/2009/II-37**

**Herr Bähr, FDP-Fraktion**, merkte an, er habe nichts gegen die Feuerwehrrente, auch nicht gegen die Zahlen, er sehe aber das Problem der Wettbewerbsverzerrung, indem ein Wettbewerber, mit dem das Land Vorabsprachen getroffen hat, einseitig bevorzugt wird. Ihm gehe es darum zu klären und zu wissen, ob es weitere mögliche Wettbewerber gibt, diese abgefragt wurden, ob es eine Ausschreibung gibt. Da er im Bereich Altersversorgung tätig ist, sei er pikiert, wenn auf diese Weise über die Kommunen einseitig Fakten geschaffen werden zu Gunsten eines einzelnen Wettbewerbers im Land, was so nicht gehen könne. Das könne auch ein Innenministerium so nicht vorbereiten.

Es sei richtig, dass das durch das Innenministerium vorbereitet wurde, bestätigte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Wir haben demzufolge keine weiteren Abfragen bei anderen

Versicherungen gemacht, sondern man habe sich an diese Abstimmung gehalten. Was man prüfen könnte, was aber diese Rahmenvereinbarung eigentlich nicht zulasse, sei nachzufragen, ob jemand, der bei einer anderen Versicherung ist, diesen Zuschuss für das selbe kriegen könnte.

Frau Nußbeck habe einen Rahmenvertrag ausgereicht, den die Stadt einseitig mit einem Wettbewerber schließt, erwiderte **Herr Bähr**. Hier sei das Land nicht mehr in der Pflicht, sondern die Stadt. Verstöße wettbewerbsrechtlicher Art begeht die Stadt, wenn auch auf Empfehlung des Landes.

**Es werde seitens der Stadt nicht ausgeschlossen, zu den gleichen Konditionen mit Wettbewerbern die gleichen Feuerwehrrentenabschlüsse zu machen, wenn der Feuerwehrkamerad es wünscht**, erklärte Oberbürgermeister Koschig.

Durch den **Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner** wurde angeregt, diese Aussage gesondert in das Protokoll aufzunehmen, was damit erfolgte.

Die Vorlage wurde mit einer Zusatzerklärung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 43:00:03

**7.10 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung)**  
**Vorlage: DR/BV/433/2009/II-37**

Die Satzung wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.11 Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren**  
**Vorlage: DR/BV/392/2009/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.12 Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung**  
**Vorlage: DR/BV/393/2009/II-EB**

**Herr Göricke, Freie Wähler**, merkte an, ihm gehe es um die Stundung bzw. die Freisetzung bei Baumaßnahmen von Straßenkörpern. Hier habe man vier Wochen Zeit, um abzurechnen. D.h., in den ersten vier Wochen werden die Gebühren nicht erstattet und danach nur nach Beantragung. Er stellte die Frage, ob die Beantragung nicht von der Baufirma oder vom Tiefbauamt in dieser Zeit übernommen werden kann. Viele ältere Anlieger wissen über die Satzungen nicht so Bescheid wie wir. Herr Göricke fragte weiter nach, ob man auch für die ersten vier Wochen den Erlass erwirken kann.

Zum ersten Teil der Anfrage erklärte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, ohne eine Vollmacht könne niemand für einen anderen einen Gebührenerlass beantragen. Es könne also keine Automatik geben.

Zur Beantwortung der zweiten Frage bat sie um das Rederecht für Frau Moritz vom Stadtpflegebetrieb. **Frau Moritz** verwies daraufhin auf die Notwendigkeit, dass die Anträge beim Amt für Stadtfinanzen gestellt werden müssen. Aus diesem Grund könne der Eigenbetrieb an dieser Stelle nicht die entsprechende Antwort geben.

**Frau Nußbeck** sagte zu, eine Beantwortung dieser Anfrage zu veranlassen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 45:00:01

**7.13     Maßnahmebeschluss zur Sanierung der Sekundarschule "Am Rathaus" (Ringstraße 48) .**  
**Vorlage: DR/BV/398/2009/V-40**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.14     Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/416/2009/V-40**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.15     Abwägungsanalyse zur Gründung eines Eigenbetriebes zum Betrieb der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/447/2009/V-51**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:00

**7.16     Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 172 "Wohnanlage Wilhelm-Feuerherdt-Straße"**  
**Vorlage: DR/BV/359/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.17     Kalkulation der Entgelte für die dezentrale Abwasserentsorgung**  
**Vorlage: DR/BV/434/2009/VI-66**

Die Kalkulation wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.18 Änderung der Abwassersatzung der Stadt Dessau - Roßlau und Änderung der "Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)"  
Vorlage: DR/BV/436/2009/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.19 Bauvorhaben Querweg-Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH - Maßnahmebeschluss -  
Vorlage: DR/BV/439/2009/VI-66**

**Herr Göricke, Freie Wähler**, legte dar, er mahne das Abstimmungsergebnis zur Vorlage laut Straßenausbaubeitragssatzung an. Gerade dieser Beschlussvorschlag Querweg zeige ein großes Defizit in unserer Straßenausbaubeitragssatzung auf. Hier sind Grundstückseigentümer, die genau die gleichen Grundstücke haben, wie die im Mittel- und Kleinring, mit Mehrkosten versehen. Deshalb könne er die negative Sichtweise von den 8 Anliegern verstehen. Man habe dort die Zuwegung für ein ganzes Quartier und es sind lediglich 8 Anliegergrundstücke. Man sollte in der Stadt darüber nachdenken, solche ungünstigen Verhältnisse in irgendeiner Weise zurecht zu rücken. Dazu würde ihm einfallen, quartierweise Straßenausbaubeitragssatzungen mit einem wiederkehrenden Straßenausbaubeitrag zu versehen.

Auf die Anfrage auch bezüglich der nachfolgenden Vorlagen von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wann die ursprünglichen Anlagen gebaut wurden, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus, dass die Kanäle ca. 70 Jahre alt sind.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bedankte sich zunächst bei dem Fachbereich, der zur Einführung dieser Maßnahmen die öffentliche Diskussion geführt hat. Jedoch müssen in Zukunft bezüglich der Aufstellung der Gesamtkosten, die auf die Bürger zukommen, von vornherein klare Verhältnisse geschaffen werden. Man habe nur einen Teilbereich der Straßenbausatzung umlagefähig diskutiert, die anderen Bereiche wurden anfangs etwas ausgeblendet. Zukünftig müsse der Prozess komplex dargestellt werden, weil es verschiedene Kostenbestandteile gibt. U. a. spiele die Erschließung auf den eigenen Grundstücken eine Rolle. Somit zeichne sich in der realen Diskussion zu Beginn und bei der öffentlichen Diskussion teilweise ein unreales Bild. Deshalb solle der Gesamtzusammenhang dargestellt und die Details so diskutiert werden, wie es gehandhabt wurde.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:08

**7.20 Bauvorhaben Kleinring - Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH - Maßnahmebeschluss -  
Vorlage: DR/BV/440/2009/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:07

**7.21 Bauvorhaben Mittelring - Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH - Maßnahmebeschluss - Vorlage: DR/BV/441/2009/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:07

**7.22 Bauvorhaben Großkühnauer Weg - Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH - Maßnahmebeschluss - Vorlage: DR/BV/442/2009/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:08

**7.23 Umstufung und Widmung der Ortsdurchfahrt von Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen  
Vorlage: DR/BV/459/2009/VI-66**

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, wandte sich an die anwesenden Schüler und erklärte, die eben so schnell gefassten Beschlüsse seien bereits intensiv in den Fachausschüssen beraten worden. Zur Vorlage erklärte er, es könne diesbezüglich gar keinen Beschlussbedarf geben, weil eine gesetzliche Verpflichtung umgesetzt wird. Das Straßengesetz sehe das eindeutig vor. Er würde aber gern erfahren, zu welchem Zeitpunkt der Eintritt der Veränderung der Bedeutung dieser Landes- und Bundesstraßen festgemacht wird.

Geplant war die Inkraftsetzung zum 01.01.2010, bemerkte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Zwischenzeitlich gebe es Abstimmungsbedarf mit dem Bund und es könne sich noch um einige Wochen verzögern.

Es gehe um den Tag, wann die Veränderung der Verkehrsbedeutung eintrat, woraufhin jetzt der Beschluss gefasst werden soll, konkretisierte **Herr Weber** seine Anfrage und **Herr Pfefferkorn** erwiderte, das sei im Grunde mit der Fertigstellung der Heinrich-Deist-Straße passiert.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 46:00:00

**7.24 Umfang des Planfeststellungsverfahrens zur Ostrandstraße  
Vorlage: DR/BV/476/2009/PDR**

Als Einreicher der Vorlage ergriff **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, das Wort und erläuterte, er habe bereits im Bauausschuss dargelegt, was die Fraktion bewegt hat, diese Vorlage auch im Stadtrat auf die Tagesordnung zu setzen. Wer sich den jetzt in der Planung befindlichen Verlauf des Tangentensystems, konkret der Ostrand-

straße, ansieht, werde feststellen, dass die Ostrandstraße an einer Stelle endet, die den Ringschluss des Tangentensystems nicht berücksichtigt. Der Ringschluss würde nur dann bezogen auf die Westtangente geschlossen werden können, wenn die Walderseestraße direkt auf die Albrechtstraße zuführt und als Verbindungsstraße im Tangentensystem mit erschlossen wird. Man habe deshalb nach wie vor, auch nach den Ausführungen im zuständigen Fachausschuss, erhebliche Bedenken mit Blick auf die Verkehrserschließung in Dessau-Nord dahingehend, dass die mit der Tangente gewünschte Entlastung dieses Stadtteils tatsächlich erreicht wird, hier konkret im Bereich der Karlstraße. Nach heutigem Planungs- und Ausbaustand würde von der Tangente eine gerade Strecke über die Karlstraße in die Wolfgangstraße und dort wieder auf die Westtangente an der Bahnhofsbrücke verlaufen. Das wäre ein erheblich kürzerer Fahrweg als erst heraus bis zum Ausgang Ortslage Dessau. Wer nach Dessau-West möchte, fährt von dort nicht wieder zurück auf das Tangentensystem. Eine solche Verkehrsleiterwägung würde nur dann funktionieren, wenn man tatsächlich auf die Albrechtstraße und dann direkt in die Roßlauer Allee stoße. Das zuständige Fachamt hat uns mit vielen Zahlen bombardiert und mutmaßlich nachgewiesen, dass die Entlastung der Karlstraße trotzdem kommen würde und der Ost-West-Verkehr hauptsächlich über die Museumskreuzung läuft. Dies verseehe man weiterhin mit einem großen Fragezeichen, denn wenn eine schnelle Ortsumfahrung angeboten würde, oder eine Stadtkernumfahrung, würde sie mit Sicherheit auch dort noch zu einer Entlastung führen. Man hatte irgendwo im Verkehrsentwicklungskonzept auch einmal die Verkehrsberuhigung im Bereich der Museumskreuzung Richtung Hauptpost vor, was man nicht aus dem Blick lassen sollte.

Es habe aber ein anderes Argument zu einer veränderten Einstellung bewegen, nämlich das Argument, dass im Falle einer Verzögerung der jetzigen Planfeststellung die entsprechenden Finanzmittel in Frage stehen könnten. Demzufolge habe sich die Fraktion noch einmal beraten, denn sie stehe vollständig hinter dieser Ostrandstraße und halte sie weiterhin für dringend erforderlich, um den Innenstadtbereich zu entlasten. Um dieses Projekt nicht zu gefährden, **ziehe** man heute die **Beschlussvorlage zurück**, erteile aber den **Prüfauftrag**, inwieweit in das jetzt laufende Planfeststellungsverfahren ein Anbindungsknoten bereits im Bereich der Walderseestraße vorgesehen und gegebenenfalls mit gebaut werden kann, um den verkehrsplanerisch bereits gesicherten Bereich einer Erschließung zu einem späteren Zeitpunkt kostengünstig entsprechend zuzuführen. Nach Möglichkeit sollte im Verlauf des Januars eine schriftliche Stellungnahme an die Fraktionen erfolgen, denn ansonsten wolle man diese Sache wieder in einen entsprechenden Beschlussvorschlag kleiden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bemerkte, dieser Hinweis sei für das Verfahren sehr nützlich. Er stellte die Frage, ob die Flächen für die mögliche Anbindung Walderseestraße bereits grundstückseitig durch die Stadt angemeldet bzw. sich im Besitz der Stadt befinden.

Soviel er wisse, sind sie noch nicht im Besitz der Stadt, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er sprach Herrn Bönecke weiterhin Respekt aus. Man habe im Bauausschuss sehr intensiv vorgetragen, da mitunter eine Fraktion die Sachzusammenhänge nicht sehen könne. Insofern begrüße er, dass der Beschlussantrag zurückgezogen wird, denn das helfe jetzt in den nächsten Monaten weiter. Der Prüfauftrag werde gerne angenommen und abgearbeitet.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet.

**10. Schließung der Sitzung**

Dessau-Roßlau, 18.02.10

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer  
Schriftführerin